

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kotré, Leif-Erik Holm, Dr. Rainer Kraft, Dr. Michael Ependiller, Carolin Bachmann, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Dirk Brandes, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Petr Bystron, Joana Cotar, Thomas Ehrhorn, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Gerrit Huy, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Frank Rinck, Eugen Schmidt, Dr. Harald Weyel, Wolfgang Wiehle, Joachim Wundrak, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Blackout verhindern – Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ausstoß von elektrischer Energie der sechs noch laufenden Kernkraftwerke¹ entspricht etwa der Hälfte der von allen derzeit installierten flächenintensiven Windenergieanlagen bereitgestellten Strommenge.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stuft einen „Blackout“, also einen längerfristigen, großflächigen Zusammenbruch der Stromversorgung, als „wahrscheinlichste Katastrophe“ ein. Die Gründe sind offensichtlich: Windenergie- und Photovoltaikanlagen erzeugen keinen bedarfsgerechten und zuverlässigen Strom. Industriell wettbewerbsfähige Energiespeicher sind auch langfristig nicht verfügbar² und selbst Stromimporte bieten keine Lösung im Spitzenbedarf. Kernenergie liefert hingegen zuverlässig und regelbar genau dann Strom, wenn dieser benötigt wird.

Die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke wird unweigerlich zu einer Versorgungslücke führen. Der geplante Ausbau der Elektroinfrastruktur, etwa für E-Autos, verschärft diese Problematik erheblich. So hatte das Bundeswirtschaftsministerium einen später zurückgezogenen Gesetzentwurf auf den Weg bringen wollen, mit dem Strom rationiert werden kann.³ Der Weiterbetrieb der letzten deutschen Kernkraftwerke ist

¹ Brokdorf in Schleswig-Holstein, Grohnde und Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg und Gundremmingen C und Isar 2 in Bayern

² Warum wir die deutschen Kernkraftwerke jetzt noch brauchen – Vorschlag für eine neu aufgestellte Energiewende unter den Bedingungen des Klimanotstandes; https://saveger6.de/wp-content/uploads/2021/01/Moormann_Wendland_-_Warum_wir_die_deutschen_Kernkraftwerke_jetzt_noch_brauchen_-_Version_02_-_2021-01-04.pdf

³ www.welt.de/wirtschaft/article224474350/Wirtschaftsministerium-plant-Zwangs-Ladepausen-fuer-Elektroautos.html

daher vor allem für die Versorgungssicherheit unverzichtbar.⁴ Die bestehenden Kernkraftwerke schützen unser Land im Falle von Dunkelflauten vor Versorgungsengpässen und vor schädlichen Stromausfällen im Millisekundenbereich.

§ 7 des Atomgesetzes regelt die Laufzeitbegrenzung von Kernkraftwerken und sieht eine Abschaltung der Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen zum Ende des Jahres 2021 vor. Der parallel vorangetriebene Ausstieg aus der Kohleverstromung führt zwangsläufig zu einer Gefährdung unserer Stromversorgung und zu einer Versorgungslücke.

Der erzwungene Umbau unserer Energieversorgung führt schon jetzt zu unsozial hohen Strompreisen und gefährdet über die Belastung der Unternehmen die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie begibt sich unser Land auf einen verantwortungslosen Alleingang. Es wird unserer Verantwortung für die Zukunft dieses Landes nicht gerecht, alleine auf die Hoffnung zu bauen, dass sich die nach wie vor ungelösten Probleme der sogenannten Energiewende wie etwa die ungelöste Speicherproblematik schon irgendwie lösen lassen werden.

Die letzten sechs deutschen Kernkraftwerke liefern sicher, bezahlbar und umweltfreundlich elektrische Energie. Daher müssen sie, und vor allem die Betriebsgenehmigungen, unbedingt bis auf weiteres erhalten werden.

Gerade wer CO₂ einsparen möchte, muss die Kernenergie im Energiemix berücksichtigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Atomgesetzes vorzulegen, um die in § 7 festgeschriebene Laufzeitbegrenzung zu ändern, um mittels Verlängerung der Betriebsgenehmigungen einen Weiterbetrieb bzw. die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes zu ermöglichen;
2. ein Rückbaumoratorium für die letzten in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke durch das Bundeswirtschaftsministerium zu erlassen, um die Möglichkeit des Weiterbetriebes bzw. einer Wiederinbetriebnahme bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sicherzustellen;
3. diejenigen bereits jetzt vom Stromnetz getrennten Kernkraftwerke, für die noch keine Stilllegungsgenehmigung erteilt wurde, wieder an das Stromnetz anzuschließen und ihnen eine Betriebserlaubnis zu erteilen;
4. durch den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Energiewirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen sowie einen Garantiezeitraum für die Energiewirtschaft zu schaffen, um einen rechtssicheren Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu ermöglichen und die Betreiber bei der Beschaffung neuen Reaktorbrennstoffes zu unterstützen und

⁴ www.focus.de/wissen/energieversorgung-gefaehrdet-koalitionsgespraechе-und-blackout-energie-wende-macht-stromausfall-immer-wahrscheinlicher_id_24301974.html

5. die staatliche Kapazitätsreserve in Höhe von derzeit 14 GW um die weiteren Kernkraftwerke gemäß Nummer 3 zu ergänzen, um die unverantwortlich gestiegene Blackout-Gefahr zu reduzieren, welche vorrangig auf die wetterbedingt unsichere Wind- und Solareinspeisung zurückzuführen ist.

Berlin, den 14. Dezember 2021

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Energiepreise sind längst unsozial und gefährden die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Die Vertuschung der wahren Kosten durch teilweise Steuerfinanzierung, in der die EEG-Umlage anteilig aus dem Staatshaushalt finanziert wird, ändert daran nichts; sie offenbart nur den verantwortungslosen Umgang mit der Arbeitsleistung der Bürger.

Die Versorgungssicherheit ist akut gefährdet, die Blackout-Gefahr nimmt zu. Der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken kann das Eintreten einer derartigen Katastrophe verhindern.

Geologische Endlager sind mit modernster Kerntechnologie nicht mehr notwendig, da durch verschiedene Transmutationsverfahren langlebige Radionuklide in kurzlebigere umgewandelt und damit Kernbrennstoffkreisläufe praktisch vollständig geschlossen werden können. Moderne Kerntechnologie erlaubt so auch die Entschärfung der bisher für die geologische Endlagerung vorgesehenen nuklearen Reststoffe.

Die Einsicht in die Notwendigkeit des Weiterbetriebs von Kernkraftwerken nimmt zu. Andere Länder, auch in unserer direkten Nachbarschaft, machen es vor. Das Argument der Versorgungssicherheit sowie der erheblich niedrigere Strompreis haben ideologische Vorurteile überwunden. Auch die deutsche Bevölkerung ist mehr und mehr von der friedlichen Nutzung der Kernenergie überzeugt.⁵

Und schließlich: Wer CO₂ einsparen will, ohne die Zukunft Deutschlands zu gefährden, muss auf die CO₂-neutrale Kernenergie setzen. Selbst der sogenannte Weltklimarat (IPCC) ist der Überzeugung, dass eine Vervielfachung der Kernenergie notwendig sein wird, um die im Rahmen von Szenarien der Vereinten Nationen gesteckten Klimaziele zu erreichen.

⁵ Kernenergie ist kostengünstig. Dies wird auch zunehmend durch die Menschen in Deutschland wahrgenommen. Eine jüngst durchgeführte INSA-Umfrage ergab eine Änderung der gesellschaftlichen Wahrnehmung, welche daran zu erkennen ist, dass sich 43 % der Befragten für eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken aussprechen und nur noch 43 % der Befragten an einem Ausstieg aus der Kernenergie festhalten. Die Umfrage zeigte weiter, dass die Nutzung von Kernenergie von 53 % der Befragten als ein Beitrag gegen den Klimawandel gesehen wird. Selbst jeder vierte Wähler der Grünen sprach sich für einen Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke aus. Bezüglich der hohen Energiepreise sahen 63 % der Befragten die Nutzung von Kernenergie als eine Möglichkeit, den Energiepreis zu begrenzen bzw. zu reduzieren; www.bild.de/politik/inland/politik-inland/atomkraft-wieder-populaer-immer-mehr-deutsche-fuer-den-ausstieg-aus-dem-ausstieg-78006514.bild.html#fromWall

